

"Straßburg - der Zankapfel Europas" in Le Monde (2. April 1981)

Legende: Der Beschluss des Europäischen Rates von Maastricht, den Status quo für die Arbeitsorte der Europäischen Gemeinschaften beizubehalten, ändert nichts am „Materialwettstreit“ zwischen Straßburg und Brüssel. Der Ausgang der von Straßburg geführten Schlacht bleibt aber weiter ungewiss: Die Entfernung zum gemeinschaftlichen Entscheidungszentrum in Brüssel könnte das Europäische Parlament daran hindern, eine wichtigere Rolle zu spielen.

Quelle: Le Monde. 02.04.1981. Paris. "Strasbourg dans la querelle européenne", auteur:Scotto, Marcel , p. 34.

Urheberrecht: (c) Übersetzung CVCE.EU by UNI.LU

Sämtliche Rechte auf Nachdruck, öffentliche Verbreitung, Anpassung (Stoffrechte), Vertrieb oder Weiterverbreitung über Internet, interne Netzwerke oder sonstige Medien für alle Länder strikt vorbehalten. Bitte beachten Sie den rechtlichen Hinweis und die Nutzungsbedingungen der Website.

URL:

http://www.cvce.eu/obj/stra%C3%9Fburg_der_zankapfel_europas_in_le_monde_2_april_1981-de-ode6d305-4372-4ad4-8c45-3971de5fcadf.html



Publication date: 05/07/2016

Straßburg – der Zankapfel Europas

Die europäischen Ambitionen Straßburgs – Leitmotiv der Stadtverwaltung und der gesamten Stadtregion – muss nicht mehr bewiesen, sondern bestätigt werden. Aber das ist wahrlich kein Leichtes.

Ein Beispiel: Der Hafen ist mit einem Umschlag von fast 13 Millionen Tonnen im Jahre 1980 der zweitgrößte Binnenhafen Frankreichs; jetzt muss man ihn gegen die deutsche und niederländische Konkurrenz wappnen und insbesondere seine bessere Anbindung an das Straßennetz durch ein bereits im Bau befindliches großes internationales LKW-Transitzentrum im Hafenbereich organisieren.

Straßburg muss außerdem seinen Status als Verwaltungshauptstadt im Europa der Zehn deutlich machen; und das ist, nach Ansicht unseres Brüsseler Korrespondenten, eine schwierige Schlacht mit noch ungewissem Ausgang.

Die Entscheidung des Europäischen Rates von Maastricht, den *Status quo* im Hinblick auf die Arbeitsorte der Organe der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft zu bestätigen, erregte den Unmut der europäischen Parlamentarier sowie all derer, die wünschen, dass Straßburg zum definitiven Sitz des Europäischen Parlaments erklärt wird.

Die europäischen Volksvertreter, die es immer schlechter vertragen, dass man ihre Empfehlungen so oberflächlich behandelt, fassten die Erklärung der Staats- und Regierungschefs der Zehn als eindeutige Provokation auf. Sie hatten im vergangenen Herbst im Namen der Effizienz genau das Gegenteil des *Status quo* vorgeschlagen, als sie die europäischen Regierungen aufforderten, sich bis zum 15. Juni 1981 zu einem einzigen Standort zu äußern. Ihrer Ansicht nach kann Luxemburg, das als unzweckmäßig und unpraktisch gilt, aus dem Wettbewerb genommen werden. Hier zeigt sich bereits eine erste Schwierigkeit: Die Mehrheit der zweitausendfünfhundert Beamten des Generalsekretariats des Europäischen Parlaments wollen das Großherzogtum nicht verlassen.

Die zweite und natürlich bedeutendere Schwierigkeit besteht in der Unfähigkeit der Zehn, in einem Bereich eine Entscheidung zu treffen, den sie als „*zweitrangig*“ gegenüber den Spannungen einstufen, die den normalen Lauf der Gemeinschaft hemmen.

Die Vorwürfe an die Adresse der nationalen Regierungen betreffen vor allem die Franzosen. Die Parlamentarier sind von der Haltung Giscard d'Estaings enttäuscht, insbesondere nach den Hoffnungen, die er durch seine Initiative zur allgemeinen und direkten Wahl des Parlaments geweckt hatte, und fragen sich allmählich, ob sie Straßburg immer noch verteidigen sollen.

Und doch war noch vor wenigen Monaten die Mehrheit der Parlamentarier eindeutig für Straßburg: die Franzosen natürlich, aber auch die Deutschen, aus Gründen der Bequemlichkeit und weil die elsässische Hauptstadt das Symbol der deutsch-französischen Versöhnung bleibt, sowie die meisten Italiener.

In der Umgebung von Simone Veil zeigte man sich nach der Tagung des Europäischen Rates sehr verwundert über die dortige Initiative. Was soll diese Erklärung, die den *Status quo* bestätigt? Gaston Thorn erklärte seinerseits auf einer Pressekonferenz in Brüssel: „*Man ist in Maastricht einer historischen Lösung für den Sitz des Parlaments sehr nahe gekommen.*“

Weiter wollte der Präsident der Europäischen Kommission dazu nichts sagen. Sprach er vom Scheitern der Lösung, die im letzten Herbst erwogen worden war? Die Luxemburger waren bereit, so hieß es jedenfalls in den Kreisen der Gemeinschaft, das Generalsekretariat des Parlaments zu „verlieren“ – unter der Bedingung, dass ein anderes europäisches Organ ihren Sitz in ihrer Hauptstadt erhalte. Der Erfolg des Europäischen Währungssystems (EWS) ließe denken, dass in Kürze ein Organ zur Konsolidierung der Zusammenarbeit in diesem Sektor geschaffen werden könnte. Luxemburg, wo sich bereits die Europäische Investmentbank befindet, würde so zum Finanzzentrum Europas. Was hindert die Zehn daran, sich zu einigen? War es der

Wunsch, eine günstigere Konjunktur für den Übergang zur zweiten Etappe des EWS abzuwarten, oder sind es die anstehenden Kommunalwahlen im Großherzogtum? Oder liegt es daran, dass Frankreich eine Kontroverse vermeiden will, um sich nicht mit Luxemburg und vielleicht auch mit anderen Mitgliedsstaaten zu einem Zeitpunkt zu überwerfen, da die Auseinandersetzungen in der EWG aufgrund der Fischereifrage, der Agrarpreise und der Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik sowie ihrer Implikationen für die Struktur des Gemeinschaftshaushaltes besonders heftig sind? Jedenfalls brachte der Europäische Rat lediglich eine Bestätigung des *Status quo* zustande.

In der Tat entspricht diese Situation durchaus der Vorstellung, die Paris – aber auch die politischen Parteien Frankreichs – davon haben, welche Rolle das Europäische Parlament spielen soll. Alle unterstützen Straßburg, damit die elsässische Hauptstadt Tagungsort für die für die Plenarsitzungen des Parlaments bleibt. Die zweite Wahrheit ist, dass alle wünschen, das Parlament möge sich auf die in den Römischen Verträgen festgelegten Kompetenzen beschränken und vor allem keine Möglichkeit erhalten, eine größere Rolle zu spielen. Fünfhundert Kilometer von Brüssel, dem Machtzentrum der Gemeinschaft, entfernt und von seiner Verwaltung abgeschnitten (denn kein einziger Parlamentsbeamter hat seinen permanenten Sitz in Straßburg), ist es recht schwierig für das Parlament, die europäischen Belange vorzubereiten und zu verfolgen.

Die britischen Volksvertreter, die sich für einen ausschließlichen Sitz des Parlaments in Brüssel einsetzen, haben diesen Sachverhalt sehr wohl verstanden. Sie sind nicht die einzigen, die diese Tatsache berücksichtigen. Alle Fraktionen haben sich in der belgischen Hauptstadt niedergelassen; dort, wo die parlamentarischen Ausschüsse seit langem tagen. Es ist kaum anzunehmen, dass sie diese Entscheidung rückgängig machen werden, was auch immer geschehen mag.

Die belgische Regierung hat ihnen übrigens gerade etliche großartige Büroräume zur Verfügung gestellt, die bereits alle besetzt sind. Herr Pflimlin hat nicht so viel Glück. Die im letzten Herbst eingeweihten neuen Gebäude (Büro- und Wohnräume für die Parlamentarier und Verwaltungsbüros) werden nur eine Woche im Monat benutzt.

Dennoch geht der Wettlauf um die Ausstattung weiter.

Angeblich hat die Straßburger Stadtverwaltung die Absicht, ein den jetzigen Gebäuden benachbartes Gelände zu erwerben, um dort einen Sitzungssaal eigens für das Parlament zu bauen, das derzeit die Einrichtungen des Europarates benutzt.

Die belgischen Unternehmer sind ebenfalls bereit, einen Parlamentssaal zu bauen, ganz in der Nähe der Gebäude, wo die Fraktionen und die parlamentarischen Ausschüsse arbeiten – auch wenn die Regierung Maertens derzeit eine stärkere Präsenz des Parlaments in Brüssel nicht befürwortet.

Kann also der *Status quo* noch lange dauern?

Marcel Scotto